

Antrag auf

Erteilung Verlängerung

einer

Aufenthaltserlaubnis

Aufenthaltskarte

Blauen Karte EU



Posteingang:

Hinweise:

- Bei Feldern mit *) sind die Angaben freiwillig
- grundsätzlich ist die persönliche Anwesenheit von allen antragstellenden Personen ab Vollendung des 6. Lebensjahres erforderlich!
- Zur Vorsprache sind alle persönlichen Ausweisdokumente mitzubringen (insbesondere Reisepass, bisheriger Aufenthaltstitel evtl. mit Zusatzblatt)

Zweck des Aufenthalts

- Ausbildung familiäre Gründe
 Erwerbstätigkeit Wiederkehr
 völkerrechtliche, humanitäre Gründe (BAMF-Bescheid mit vorlegen)
 Sonstige: _____

Die Ausländerbehörde benötigt die gekennzeichneten Unterlagen, damit über den Antrag entschieden werden kann:

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Reisepass | <input type="checkbox"/> Krankenversicherungsnachweis |
| <input type="checkbox"/> Zertifikat B1/Leben in Deutschland/ Integrationskurs | <input type="checkbox"/> Schulbescheinigung |
| <input type="checkbox"/> Rentenbescheid Rentenversicherung | <input type="checkbox"/> Mietvertrag |
| <input type="checkbox"/> Verdienstbescheinigungen der letzten 3 Monate | <input type="checkbox"/> _____ |
| <input type="checkbox"/> Arbeitgeberbescheinigung | <input type="checkbox"/> _____ |
| <input type="checkbox"/> Arbeitsvertrag | <input type="checkbox"/> _____ |
| <input type="checkbox"/> Bescheinigung Steuerberater | <input type="checkbox"/> 1 aktuelles, biometrisches Lichtbild |
| <input type="checkbox"/> Letzter Einkommenssteuerbescheid | <input type="checkbox"/> Gebühr: _____ |

Einreise nach Deutschland Geburt in Deutschland

am(Datum) _____ mit Visum der Auslandsvertretung _____ gültig bis _____

1. Persönliche Angaben

Familienname, ggf. Geburtsname											
Name nach deutschem Recht											
Vorname(n)											
Geburtsdatum											
Geburtsort											
Geburtsstaat											
Staatsangehörigkeit	jetzige					frühere					
Geschlecht/Augenfarbe/Größe	männlich				Augenfarbe		Körpergröße		Religion*)		
	weiblich										
Familienstand	ledig	verheiratet	getrennt lebend	geschieden	verwitwet	seit:					
Telefonnummer*)					E-Mail-Adresse*)						

Name, Vorname _____

Geburtsdatum _____

2. Pass/Passersatz						
Art des Ausweises				eingetragen bei folgendem Elternteil:		
Ausweisnummer				gültig bis:		
ausgestellt von(Behörde)				am:		
Rückkehrberechtigung nach (Staat)				gültig bis:		
3. Wohnsitz(e)						
derzeitige Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)						
zugezogen von (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)						
weitere Wohnsitze in Deutschland						
Wohnsitz im Ausland						wird aufgegeben
						wird beibehalten
4. Angaben zu Familienangehörigen						
4.1 Ehegatte						
Familienname Ehegatte, ggf. Geburtsname						
Vorname(n)						
Geburtsdatum			Geburtsort			
Staatsangehörigkeit						
derzeitiger Wohnsitz						
Aufenthaltsrechtlicher Status	Aufenthaltserlaubnis			gültig bis:		
	Niederlassungserlaubnis					
4.2 Kinder (Angaben nur bei erstmaliger Erteilung oder Änderungen erforderlich)						
Familienname des Kindes/der Kinder ^{1,2}	Vorname	männ- lich	weib- lich	Geburtsdatum/ Geburtsort	Staatsangehörig- keit/en	Wohnort
4.3 Eltern (Angaben nur bei erstmaliger Erteilung erforderlich)						
Familienname Vater						Geburtsdatum
Vorname(n)						Staatsangehörigkeit

¹ Angaben auch erforderlich, wenn die Personen im Ausland leben

² Falls Platz nicht ausreichend, bitte separates Blatt verwenden

Name, Vorname _____

Geburtsdatum _____

derzeitiger Wohnsitz (auch im Ausland)			
Familiennamen Mutter		Geburtsdatum	
Vorname(n)		Staatsangehörigkeit	
derzeitiger Wohnsitz (auch im Ausland)			
4.4 Miteingereiste Familienangehörige (Angaben nur bei erstmaliger Erteilung erforderlich)			
keine			
Ehegatte (Nr. 4.1)			
Kinder (Nr. 4.2)			
Sonstige Familienangehörige:			
5. Rechtsverstöße			
Wurden Sie wegen Rechtsverstößen verurteilt?			
Nein		Ja, am (Datum)	Gericht/Staat
		Grund/Höhe der Strafe ³	
Wird derzeit wegen des Verdachts eines Rechtsverstoßes gegen Sie ermittelt?			
Nein		Ja, am (Datum)	Ermittelnde Behörde
Wurden Sie bereits aus Deutschland oder einem Schengener Vertragsstaat ausgewiesen oder abgeschoben?			
Nein		Ja, am (Datum)	Staat
Wurde bereits ein Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis bzw. ein Einreiseantrag abgelehnt?			
Nein		Ja, am (Datum)	Staat
6. Lebensunterhalt			
Eigenes monatliches Einkommen		Betrag in Euro, Nachweise sind beizulegen	
derzeitige berufliche Tätigkeit/Arbeitgeber		Arbeitsvertrag und Lohnbescheinigungen sind vorzulegen	
Hilfe zum Lebensunterhalt (Sozialhilfe)		Betrag in Euro, Bescheide sind beizulegen	
Arbeitslosengeld II (Jobcenter)		Betrag in Euro, Bescheide sind beizulegen	
sonstige regelmäßige Einkünfte		Betrag in Euro, Nachweise sind beizulegen	
Besteht in Deutschland Krankenversicherungsschutz?			
		Ja, Versicherungsträger:	
		nein	
Leiden Sie an ansteckenden Krankheiten			
		Ja, Bezeichnung der Krankheit:	
		Nein	
7. Beabsichtigte Dauer des Aufenthalts			
befristet, Dauer:			
Unbefristet			

³ Falls Platz nicht ausreichend, bitte separates Blatt verwenden

8. Integration	
	ausreichende deutsche Sprachkenntnisse sind vorhanden (B1 – Nachweis ist vorzulegen)
	Deutsche Sprachkenntnisse sind nicht vorhanden (Vorsprache mit Dolmetscher erforderlich!)
	derzeit wird ein Integrationskurs besucht (Anmeldebestätigung ist bei Antragstellung vorzulegen)
	Die Teilnahme an einem Integrationskurs ist auf Dauer unmöglich oder unzumutbar (Begründung und Nachweise sind vorzulegen)

Hinweise und Einverständniserklärungen

Datenerhebung:

Die mit der Ausführung dieses Gesetzes betrauten Behörden dürfen zum Zweck der Ausführung dieses Gesetzes und ausländerrechtlicher Bestimmungen in anderen Gesetzen personenbezogene Daten erheben, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz und nach ausländerrechtlichen Bestimmungen in anderen Gesetzen erforderlich ist. Daten im Sinne von § 3 Abs. 9 des Bundesdatenschutzgesetzes sowie entsprechender Vorschriften der Datenschutzgesetze der Länder dürfen erhoben werden, soweit dies im Einzelfall zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist (§86 Aufenthaltsgesetz). Für weitere Informationen zum Datenschutz wird auf die Internetseite des Landratsamtes Kitzingen (www.kitzingen.de/datentransparenz) verwiesen.

Auskunft durch die Finanzbehörden:

Mit der Auskunftserteilung über meine Einkommensverhältnisse, einschließlich etwaiger Steuerverfahren, bin ich einverstanden. Ich befreie hiermit die Finanzämter im vollen Umfang vom Steuergeheimnis gemäß § 30 der Abgabenordnung (AO).

Einwilligung nach § 67 des Zehnten Sozialgesetzbuches (SGB X):

Ich bin damit einverstanden, dass die zuständigen Träger der Sozialhilfe, das Jobcenter, die Bundesagentur für Arbeit, das Jugendamt und das Amt für Ausbildungsförderung zum Nachweis meiner Angaben in das Verfahren zur Erteilung der beantragten Aufenthaltserlaubnis gehört werden.

Sonstiges:

Weiterhin bin ich damit einverstanden, dass die zuständige Ausländerbehörde Auskünfte bei weiteren sonstigen öffentlichen Stellen über mich und ggf. meine Familie bzw. über meine oder unsere persönlichen Verhältnisse einholt.



Ort, Datum

Unterschrift des Antragstellers/gesetzlichen Vertreters

Belehrungen

Mitwirkungspflicht des Ausländers:

Der Ausländer ist verpflichtet, seine Belange und für ihn günstige Umstände, soweit sie nicht offenkundig oder bekannt sind, unter Angabe nachprüfbarer Umstände unverzüglich geltend zu machen und die erforderlichen Nachweise über seine persönlichen Verhältnisse, sonstige erforderliche Bescheinigungen und Erlaubnisse sowie sonstige erforderliche Nachweise, die er erbringen kann, unverzüglich beizubringen. Die Ausländerbehörde kann ihm dafür eine angemessene Frist setzen. Sie setzt ihm eine solche Frist, wenn sie die Bearbeitung eines Antrags auf Erteilung eines Aufenthaltstitels wegen fehlender oder unvollständiger Angaben aussetzt, und benennt dabei die nachzuholenden Angaben. Nach Ablauf der Frist geltend gemachte Umstände und beigebrachte Nachweise können unberücksichtigt bleiben. (§ 82 Abs. 1 AufenthG)

Falsche Angaben zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis:

Ich wurde darauf hingewiesen, dass nach § 54 Abs. 2 Nr. 8 AufenthG das Ausweisungsinteresse im Sinne von §53 Abs. 1 AufenthG für einen Ausländer schwer wiegt, wenn er in einem Verwaltungsverfahren das von Behörden eines Schengen-Staates durchgeführt wurde, im In- oder Ausland falsche oder unvollständige Angaben zur Erlangung eines deutschen Aufenthaltstitels, eines Schengen-Visums, eines Passersatzes, der Zulassung einer Ausnahme von der Passpflicht oder Aussetzung der Abschiebung gemacht hat oder trotz bestehender Rechtspflicht nicht an Maßnahmen der für die Durchführung dieses Gesetzes oder des Schengener Durchführungsübereinkommens zuständigen Behörden mitgewirkt hat.

Strafvorschriften:

Mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren wird bestraft, wer unrichtige oder unvollständige Angaben macht oder benutzt, um für sich oder einen anderen einen Aufenthaltstitel oder eine Duldung zu beschaffen oder das Erlöschen oder die nachträgliche Beschränkung des Aufenthaltstitels oder der Duldung abzuwenden oder eine so beschaffte Urkunde wissentlich zur Täuschung im Rechtsverkehr gebraucht, § 95 Abs. 2 Nr. 2 AufenthG.

Gebührenvorschriften:

Für die Bearbeitung des vorstehenden Antrages werden gemäß den Vorschriften der jeweils geltenden Fassung der Aufenthaltsverordnung (AufenthV) Gebühren fällig. Die Gebühr entsteht bei bereits mit Antragstellung und ist auch zu entrichten, wenn der Antrag abgelehnt, oder durch den Antragsteller, zurückgenommen wird.

Ort, Datum



Unterschrift des Antragstellers (ab 10.Lebensjahr)

Unterschrift gesetzlicher Vertreter